



Nr. 314 | 07.05.2025

Ukraine-Analysen

80 Jahre Kriegsende

DOKUMENTATION	
Appell der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission an den Deutschen Bundestag	2
ANALYSE	
Der 8./9. Mai 1945 und Russlands Krieg gegen die Ukraine Kai Struve (Ludwig-Maximilians-Universität München)	3
ANALYSE	
Der Umgang mit Kriegsverbrechen und Kollaboration in der Ukraine: Historisches Erbe und aktuelle Herausforderungen Tanja Penter (Universität Heidelberg)	7
ANALYSE	
Vom Krieg zur Besatzung? Die historische Erfahrung in der Ukraine und der russische Angriffskrieg heute Johannes Spohr (Berlin)	12
UMFRAGEN	
Einstellung der Bevölkerung zum Zweiten Weltkrieg	15
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	18

Appell der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission an den Deutschen Bundestag

Am 8. Mai 2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 80. Mal. Doch während wir dieses historische Datum begehen, tobt seit mehr als drei Jahren ein neuer Krieg auf europäischem Boden: Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine. Präsident Putin missbraucht die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg«, um seine Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen und die Unterstützung der russischen Bevölkerung zu sichern. Die Instrumentalisierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg hat so den Boden für diesen neuen Krieg bereitet.

Länder wie die Ukraine, die baltischen Staaten und Polen haben seit Langem auf die aggressive Nutzung der Geschichte des 9. Mai 1945 in Russland hingewiesen. Doch in der deutschen Erinnerungskultur wurden die Wahrnehmungen und Erfahrungen dieser Nationen lange Zeit vernachlässigt. Die weitverbreitete, aber irreführende Gleichsetzung der Millionen sowjetischen Kriegsoffer mit russischen Opfern führte zu einer einseitigen historischen Schuld wahrnehmung, die vor allem auf Russland fokussiert war.

Vor diesem Hintergrund ruft die Deutsch-Ukrainische Historische Kommission den Deutschen Bundestag auf, sich klar zur historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine zu bekennen.

Fakten zur deutschen Besatzungsherrschaft in der Ukraine

- Die gesamte Ukraine stand unter brutaler deutscher Besatzung, geprägt von Ausbeutung, Terror und systematischer Gewalt.
- 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden wurden in der Ukraine ermordet, ebenso Zehntausende Romnja und Roma sowie kranke und behinderte Menschen.
- 2,2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert.
- Mehr als 600 ukrainische Ortschaften wurden unter deutscher Besatzung vollständig zerstört, viele samt ihrer Einwohnerinnen und Einwohnern ausgelöscht.
- Ungefähr 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden für die sowjetische Armee mobilisiert und stellten ein Viertel der sowjetischen Streitkräfte.
- Die Bevölkerungsverluste der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs werden auf insgesamt 8–10 Millionen Menschen (Zivilisten und Militärangehörige) geschätzt.

Die Menschen in der Ukraine waren im 20. Jahrhundert staatlichem Terror und Gewalt durch die zwei großen verbrecherischen Regime der europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts ausgesetzt, dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion unter Stalin. Diese doppelte Diktaturerfahrung prägt den historischen Erfahrungshintergrund vieler Ukrainerinnen und Ukrainer bis heute.

Fortgesetztes Unrecht

Das Ausmaß der katastrophalen Zerstörungen und Menschenverluste der Ukraine im Zweiten Weltkrieg wurde im sowjetischen Kontext verschleiert. In Deutschland wurden viele Täter nach 1945 für ihre Besatzungsverbrechen in der Ukraine nie zur Rechenschaft gezogen. Diese fehlende juristische Aufarbeitung der Verbrechen in der Bundesrepublik stellt eine Fortsetzung des Unrechts gegenüber den Opfern dar.

Unser Appell

Wir fordern den Bundestag auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine angemessene Würdigung der Opfer der von NS-Deutschland in der Ukraine begangenen Massenverbrechen in der deutschen Erinnerungskultur zu befördern. Deutschland muss seine historische Verantwortung gegenüber der Ukraine anerkennen.

Die historische Verantwortung gegenüber der Ukraine verpflichtet Deutschland dazu, die Unterstützung der Ukraine zu verstärken, damit sie die russische Aggression abweisen, die Okkupation ukrainischer Territorien beenden und ihre Selbstbestimmung als Nation erhalten kann. Es sind die historischen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, dass Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürfen und dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gleichberechtigung der Staaten und Nationen gegenüber den Feinden dieser Ordnung verteidigt werden müssen. Die gegenwärtige europäische Ordnung beruht auf diesen Grundsätzen. Es wäre ein erneutes historisches Versagen, wenn Deutschland nicht alles in seiner Macht Stehende tun würde, um sie zu verteidigen.

Die Liste der Unterschreibenden finden Sie auf der nächsten Seite.

Prof. Dr. Guido Hausmann (Sprecher)
Prof. Dr. Tanja Penter
Prof. Dr. Miloš Řezník
Prof. Dr. Martin Schulze Wessel
PD Dr. Kai Struve
Prof. Dr. Ricarda Vulpius
Dr. habil. Anna Veronika Wendland

Prof. Dr. Gelinada Grinčenko (Sprecherin)
Prof. Dr. Polina Barvinska
Prof. Dr. Vladyslav Hrynevyč
Prof. Dr. Jaroslav Hrycak
Prof. Dr. Oleksandr Lysenko
Prof. Dr. Jurij Šapoval
Dr. Ihor Ščupak

Quelle: *Deutsch-Ukrainische Historische Kommission*, 10.02.2025, <https://www.duhk.org/aktuelles/appell-kommission-an-bundestag>.

ANALYSE

Der 8./9. Mai 1945 und Russlands Krieg gegen die Ukraine

Kai Struve (Ludwig-Maximilians-Universität München)

DOI: 10.31205/UA.314.01

Zusammenfassung

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hat eine eigene Geschichte, die von beträchtlicher politischer Bedeutung war und ist. Unterschiede und Wandel der Erinnerung zeigen sich dabei zugespitzt in Deutungen des Kriegsendes 1945. Der Beitrag argumentiert, dass Russlands Instrumentalisierung der Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« von 1941 bis 1945 für die Vorbereitung und Legitimierung des Kriegs gegen die Ukraine auch kritische Fragen an die deutsche und westliche Erinnerung stellt.

Die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs prägte die deutsche und europäische Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in fundamentaler Weise. Diese Erfahrung und das zunehmende Wissen über die Massenverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, insbesondere über den Holocaust, bildeten in den Nachkriegsjahrzehnten zentrale Bezugspunkte für die Stärkung der Menschenrechte, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des Völkerrechts und für die europäische Einigung. »Nie wieder Krieg« schien bis in die jüngste Gegenwart die allgemein geteilte Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der Weltkriege zu sein. Trotz des Kalten Kriegs gab es die Überzeugung, dass dies letztlich auch für die Sowjetunion galt. Sie bildete im Westen eine der Grundlagen der Entspannungspolitik. Schließlich schien sie durch den Wandel in der Sowjetunion unter dem Generalsekretär Michail Gorbatschow und der Anerkennung entsprechender Normen, formal 1990 in der »Charta von Paris« vollzogen, bestätigt worden zu sein.

Russland hat nun allerdings, auf die sowjetische Erzählung aufbauend, die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« von 1941 bis 1945 schon seit Beginn von Putins Regierungszeit dafür genutzt, um

russische imperiale Ziele gegenüber den früheren Sowjetrepubliken durchzusetzen. Dies betraf bereits lange vor dem Februar 2022 auch die Ukraine. Schon 2014 und 2015 benutzte Russland Elemente der Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg«, um die Annexion der Krym zu legitimieren und für den Krieg im Donbas gegen das »faschistische Regime« in der Ukraine zu mobilisieren. Seit Februar 2022 nutzt Russland die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« nun im umfassenden Krieg gegen die Ukraine.

Die russische Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 traf die deutsche Politik und Öffentlichkeit vielleicht noch unerwarteter als diejenige in vielen anderen europäischen Ländern. Bereits aus der russischen Besetzung der Krym und dem Beginn des Krieges im Osten der Ukraine 2014 waren nur sehr zögerlich Konsequenzen gezogen und der zunehmend aggressive Charakter der russischen Politik und die Vorbereitung eines großen Kriegs nicht ausreichend zur Kenntnis genommen worden. Die These, die ich im Folgenden ausführen möchte, besteht darin, dass dafür die Geschichte der deutschen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und Deutungen des Kriegsendes von hoher Bedeutung waren.

Der 8./9. Mai 1945 als Befreiung

In der Bundesrepublik Deutschland hat es mehrere Jahrzehnte gedauert, bis der 8. Mai 1945 nicht vorwiegend als Niederlage und nationale Katastrophe, sondern auch als Befreiung von einem zutiefst verbrecherischen Regime gesehen wurde. Eine Zäsur war hier die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985. Diese Rede war damals die Schlussfolgerung aus einer langen Auseinandersetzung um die Bedeutung des NS-Regimes und seiner Verbrechen für die deutsche Geschichte seit der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Mitte der 1980er Jahre eine besondere Intensität erreichte und schließlich in den »Historikerstreit« [1] der Jahre 1986–87 mündete. Im Zentrum der Debatte stand die Frage danach, welche Bedeutung dem Holocaust für die deutsche Geschichte und Identität zukam bzw. zukommen sollte. Der Historiker Ernst Nolte argumentierte hier, gestützt auf sehr problematische Belege, dass sowjetische Massenverbrechen dem NS-Regime vorausgegangen und damit auch zu den Ursachen des Holocaust zu zählen seien. Diese These, die zumindest »mildernde Umstände« für die deutschen Verbrechen in Anspruch nahm, löste in den links-liberalen Teilen der deutschen Öffentlichkeit heftigen Widerspruch aus. Am einflussreichsten war hier Jürgen Habermas, der die Erinnerung an den Holocaust als zentralen Bezugspunkt einer »posttraditionalen [nationalen] Identität« sah und sich dagegen verwehrt, den Holocaust, den er als die negative »Signatur des Zeitalters« beschrieb, mit Hilfe einer historisierenden Einordnung aus der Gegenwart zu »entsorgen«.

Die Auffassung, dass der 8. Mai 1945 auch für die Deutschen ein Tag der Befreiung und dass der Holocaust das zentrale Element des deutschen Geschichtsbewusstseins sein sollte, wie sie Habermas vertreten hatte, wurde schließlich in den 1990er Jahren zur vorherrschenden Sichtweise. Den stärksten symbolischen Ausdruck fand dies in der Entscheidung für die Schaffung des großen »Denkmals für die ermordeten Juden Europas« im Zentrum Berlins, der neuen Hauptstadt des vereinigten Deutschlands, das schließlich im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Kriegsendes am 10. Mai 2005 eröffnet wurde.

Dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen war, entsprach der Sichtweise des Kriegsendes in den von Deutschland besetzten Ländern Westeuropas, aber auch in Nordamerika und der weiteren internationalen Öffentlichkeit. Gleichzeitig stimmte eine solche Deutung in beträchtlichem Maße damit überein, wie in der Sowjetunion an diesen Tag – hier galt der 9. Mai 1945 als offizielles Kriegsende – erinnert wurde. Das Motiv der Befreiung vom Faschismus fiel hier allerdings mit einer Darstellung des Kriegsendes als eines triumphalen, heroischen sowjetischen Siegs zusammen. In der DDR

war das Kriegsende bereits in den vorhergehenden Jahrzehnten unter sowjetischem Einfluss in öffentlichen Darstellungen als Befreiung gedeutet worden. Hier und in anderen Ländern im östlichen Europa ging damit, wie weiter unten noch ausgeführt wird, aber auch eine neue Unfreiheit unter sowjetischer Herrschaft einher.

Putins Russland knüpfte an die sowjetische Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« und den 9. Mai 1945 als »Tag des Siegs« an. Die Bedeutung dieser Erinnerung als *dem* zentralen staatlichen identitätsstiftendem historischen Ereignis nahm in Putins Russland gegenüber seiner Bedeutung in der Sowjetunion noch einmal zu. Putins Russland beanspruchte den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg für Russland und deutete den Sieg von 1945 wiederum als Grundlage für ein Anrecht Russlands auf eine ähnlich herausgehobene Stellung in den internationalen Beziehungen, wie die Sowjetunion sie gehabt hatte, und auf die Vorherrschaft über die früheren sowjetischen Territorien ein. Russland kann nur auf diese Weise an die Sowjetunion anknüpfen, da eine wirklich tiefgreifende Auseinandersetzung mit den sowjetischen Massenverbrechen in der Zeit Stalins und der sowjetischen Geschichte insgesamt in Russland nicht stattgefunden hat.

Die partielle Übereinstimmung zwischen der russischen Sicht des 9. Mai und der deutschen und westlichen Sicht auf das Kriegsende als Befreiung hat offensichtlich dazu beigetragen, dass in Deutschland und auch in anderen westlichen Ländern eine solche kritische Auseinandersetzung von Russland nicht wirklich eingefordert worden ist. Die Sowjetunion stand 1945 gewissermaßen auf der richtigen Seite der Geschichte, und damit rückte die Tatsache in den Hintergrund, dass es sich bei der Sowjetunion unter Stalin um das zweite große verbrecherische Regime in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts handelte.

Dies hat offensichtlich auch dazu beigetragen, dass übersehen wurde, dass die Art und Weise, wie in Russland an den 9. Mai 1945 als »Tag des Siegs« und an den »Großen Vaterländischen Krieg« erinnert wurde, den neuen Krieg ideologisch vorbereitete. Es herrschte die Überzeugung, dass die Erinnerung an die großen Opfer und Leiden des Kriegs Deutschland und Russland verbinde und dass auch Russland die Ansicht teilte, dass es deshalb nie wieder einen Krieg geben dürfe.

Entspannungspolitik und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

Zu den Gründen, warum die aggressive Instrumentalisierung der Kriegserinnerung durch Russland in Deutschland lange Zeit übersehen wurde, gehört aber auch die enge Verflechtung der Entspannungspolitik während des Kalten Kriegs mit der kritischen Auseinandersetzung mit den deutschen Massenverbrechen im Zweiten Weltkrieg.

Die »erfolgreiche«, kritische Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen und die Versöhnung mit den Opfern ist in diesem Prozess mittlerweile zu einem zentralen Element des deutschen Selbstverständnisses geworden. Der nach 2022 erfolgte Bruch im Verhältnis zu Russland, das oft mit der Sowjetunion gleichgesetzt wird, bedeutete damit in gewisser Weise ein Scheitern dieser Politik. Gerade für Angehörige einer Generation von Akteuren in Politik und Öffentlichkeit, zu deren prägenden, generationellen Erfahrungen die deutschen erinnerungsgeschichtlichen Auseinandersetzungen der 1970er und 1980er Jahre gehören, ist das oft nur schwer zu akzeptieren.

In der Nachkriegszeit, vor allem von den 1960er bis in die 1980er Jahre, waren die Konflikte um die Entspannungspolitik in der westdeutschen Gesellschaft in hohem Maße mit der Auseinandersetzung mit deutschen Verbrechen gegenüber den osteuropäischen Staaten und Nationen verbunden. Der wohl stärkste politische Konflikt betraf hier die Anerkennung der Grenze zu Polen an Oder und Neiße und den Verzicht auf die früheren deutschen Gebiete, die das Potsdamer Abkommen Polen zugesprochen hatte. Der Verlust der Ostgebiete und die Vertreibung der Deutschen war der wichtigste Grund, warum sich die Deutschen in der Nachkriegszeit in hohem Maße als Opfer des Kriegs und nicht als Täter wahrnahmen. Ein zentrales Motiv der neuen »Ostpolitik«, die der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt 1969 einleitete, war die Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies setzte im Verhältnis zu Polen nicht nur den faktischen Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße voraus, sondern auch die Auseinandersetzung und Anerkennung der deutschen Massenverbrechen des Zweiten Weltkriegs.

Gleichzeitig betraf die »Ostpolitik« die Beziehungen zur Sowjetunion. In der westdeutschen Öffentlichkeit trat die Frage von deutschen Verbrechen während des deutsch-sowjetischen Kriegs von 1941 bis 1945 allerdings erst seit Ende der 1970er Jahre und in den 1980er Jahren stärker in den Vordergrund, als die Konflikte um die Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags 1972 an Bedeutung verloren hatten. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen im Krieg gegen die Sowjetunion stand in einem engen Verhältnis zur damaligen Friedensbewegung, die in der Bundesrepublik Deutschland in der ersten Hälfte der 1980er Jahre vor dem Hintergrund eines neuen Rüstungswettlaufs große Stärke gewann. Ein zentrales Motiv war hier, dass die Erinnerung an die Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs dazu verpflichtete, für die Fortsetzung der Entspannungspolitik und gegen weitere Rüstung einzutreten.

Für die deutsche Gesellschaft waren Verbrechen im Krieg gegen die Sowjetunion auch deshalb ein beson-

ders schwieriges Thema, da damit die Rolle der Wehrmacht ins Zentrum rückte. In fast allen Familien gab es ehemalige Wehrmachtssoldaten. Nicht wenige hatten auch Angehörige im Krieg gegen die Sowjetunion verloren. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten waren die Verbrechen vor allem der NS-Führung und der SS zugeschrieben worden, während die vorherrschende Sicht war, dass die Wehrmacht zwar einen Krieg für das falsche Regime, aber grundsätzlich einen »anständigen« Krieg geführt und nicht in größerem Maße für Verbrechen verantwortlich gewesen war.

Es dauerte bis Mitte der 1990er Jahre, bevor daraus die wohl größte öffentliche Kontroverse über deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg entstand. Den Anlass dafür bot eine zuerst in Hamburg und dann an vielen anderen Orten gezeigte Ausstellung unter dem Titel »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht«.^[2] Obwohl die Ausstellung teilweise sehr polemisch argumentierte und viel Widerspruch erzeugte, etablierte sie in der Öffentlichkeit doch sehr klar eine Vorstellung des Kriegs gegen die Sowjetunion als eines verbrecherischen »Vernichtungskriegs«.

Verweise auf den verbrecherischen Charakter des sowjetischen Regimes und auf sowjetische Massenverbrechen dienten in diesen Diskussionen nicht selten dazu, wie oben bereits am Beispiel der Kontroversen über den Holocaust gezeigt, einer Auseinandersetzung mit deutschen Verbrechen auszuweichen. Allerdings erregten sie auch dort, wo die Thematisierung sowjetischer Massenverbrechen nicht von deutschen Verbrechen ablenken sollte, oft einen solchen Verdacht. Da die Erinnerung und Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen während des Kriegs und der Okkupation eng mit den Konflikten um das Verhältnis zur Sowjetunion verbunden war, entstand hier eine Erinnerungskonkurrenz zwischen den sowjetischen Massenverbrechen und denjenigen des nationalsozialistischen Deutschland, die auch nach der Auflösung der Sowjetunion noch fortwirkte.

Der 8./9. Mai 1945 als Befreiung und Beginn einer neuen Unfreiheit

Für die baltischen Staaten, die Ukraine, Polen und andere ehemals zur Sowjetunion oder zum Ostblock gehörenden Staaten bedeutete der 8./9. Mai 1945 zwar das Ende des Kriegs und symbolisierte die Befreiung von der deutschen Gewaltherrschaft. Gleichzeitig stand dieses Datum aber auch für den Wechsel von der deutschen zur sowjetischen Besetzung, auch wenn er tatsächlich schon in den Monaten vor dem Mai 1945 stattgefunden hatte, und damit für eine neue Unfreiheit, die zumindest in der Westukraine und den baltischen Ländern auch eine neue Phase der Massengewalt einleitete. Die sowjetischen Sicherheitsorgane unterdrückten den bewaffneten Widerstand – in der Ukraine kämpften die

Angehörigen der »Ukrainischen Aufstandsarmee«, der UPA, bis Anfang der 1950er Jahre gegen die Erneuerung der sowjetischen Besatzung – mit großer Gewalt, nicht zuletzt durch Massendeportationen von Teilen der Zivilbevölkerung ins Innere der Sowjetunion.

Schon seit Anfang der 2000er Jahre, nachdem Putin in Russland an die Macht gekommen war, wurde die Erinnerung an den Sieg von 1945 und den »Großen Vaterländischen Krieg« zunehmend nicht nur wie oben beschrieben zu einem innenpolitischen, sondern auch zu einem außenpolitischen Instrument der russischen Politik, um den Einfluss Russlands in den früheren Sowjetrepubliken zu stärken. Dazu gehörte, dass in Anknüpfung an die sowjetische Propaganda die positive Würdigung der UPA und des antisowjetischen Widerstands in den baltischen Ländern, die hier seit den 1990er Jahren stattfand, als Ehrung von »Faschisten« angegriffen wurde. Tatsächlich gab es unter den Angehörigen der UPA und der Widerstandsgruppen in den baltischen Ländern Personen und Organisationen, die für Verbrechen in der Zeit der deutschen Okkupation verantwortlich gewesen waren. Offensichtlich ging es Russland bei diesen Vorwürfen aber nicht darum, zur Aufklärung über die komplexe Geschichte des antisowjetischen Widerstands in diesen Regionen beizutragen, sondern darum, die eigenen imperialen Ziele durchzusetzen.

In der Ukraine bestand der zentrale geschichtspolitische Konflikt seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 darin, wie der Kampf der sowjetischen Armee und damit eine sowjetisch geprägte Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« im Verhältnis zum antisowjetischen Widerstandskampf der UPA zu bewerten sei. Der sowjetische Mythos des »Großen Vaterländischen Kriegs« hatte auch in der Ukraine beträchtlichen Einfluss, und auch hier wurden Vorwürfe, dass die UPA »faschistisch« gewesen und aus Kollaborateuren der Deutschen bestanden habe, von Russland und prorussischen Kräften in der Ukraine genutzt, um den eigenen Einfluss zu stärken (ausführlicher dazu Ukraine-Analysen 270[3]). Dieser Konflikt endete allerdings bereits 2014 weitgehend. Die Tatsache, dass Russland in diesem Jahr den Euromaidan in Anknüpfung an Motive aus dem Kontext des »Großen Vaterländischen Kriegs« als »faschistischen Putsch« darstellte und dies zur Rechtfertigung der Besetzung der Krim und zur Auslösung des Kriegs im Donbas benutzte, führte in der Ukraine dazu, dass der sowjetische Mythos des Siegs am 9. Mai 1945 und des »Großen Vaterländischen Kriegs« als Instrument der russischen imperialen Bestrebungen noch klarer als zuvor erkennbar wurde. Der bis dahin auch in der Ukraine bestehende »Gedenktag für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg« am 9. Mai wurde umbenannt und durch einen Gedenktag am 8. Mai erweitert. Damit trat nun auch der Zweite Weltkrieg von 1939 bis

1945 – einschließlich der Jahre des Hitler-Stalin-Pakts in den Jahren 1939 bis 1941 – in den Vordergrund.

Fazit

Die deutsche und westliche Sicht des 8. Mai 1945 als Befreiung wies beträchtliche Kongruenzen mit der sowjetischen und später russischen Sicht des Kriegsendes auf. Dazu gehörte vor allem, dass beide Sichtweisen implizierten, dass es in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts ein großes verbrecherisches Regime, das nationalsozialistisches Deutschland, gegeben hatte. Die historische Erfahrung vor allem der Ukraine, aber auch der baltischen Staaten, Polens und der anderen osteuropäischen Staaten bestand hingegen darin, dass es mit der Sowjetunion unter Stalin ein zweites großes verbrecherisches Regime gegeben hatte. In diesen Ländern war zudem schon lange vor Russlands aggressiver Instrumentalisierung der Weltkriegserinnerung gewarnt und von Russland eine kritische Auseinandersetzung mit den sowjetischen Massenverbrechen gefordert worden. Dies wurde allerdings in der westlichen Politik und Öffentlichkeit weitgehend ignoriert.

Putins Ziel ist offensichtlich die Wiederherstellung der Vorherrschaft über das ehemals sowjetische Imperium und eine Stellung für Russland in den internationalen Beziehungen, die an der Stellung der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientiert ist. Damit gehört zu den Voraussetzungen des neuen großen Kriegs in Europa auch, dass in Russland eine wirklich tiefgreifende, kritische Auseinandersetzung mit den sowjetischen Massenverbrechen in der Zeit Stalins und mit der sowjetischen Geschichte insgesamt nicht stattgefunden hat. Tatsächlich hat in Russland bereits vor 2022 wieder eine positivere Bewertung Stalins Einzug gehalten, die sich nach dem Beginn des umfassenden Kriegs gegen die Ukraine noch einmal verstärkt hat. Dazu, dass in Russland eine tiefgreifende, kritische Auseinandersetzung mit den sowjetischen Massenverbrechen ausgeblieben ist, hat auch beigetragen, dass solch eine kritische Auseinandersetzung in der internationalen Öffentlichkeit nicht nachdrücklich eingefordert worden ist.

Russlands Krieg gegen die Ukraine stellt damit auch Fragen an das in Deutschland vorherrschende Bild der Geschichte des 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt daran, welche Bedeutung wir dem 8. Mai 1945 zuschreiben. Die Erfahrung der Ukraine und der anderen ostmitteleuropäischen Staaten, dass dieses Datum nicht nur Befreiung war und dass es in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts neben dem nationalsozialistischen Deutschland mit der Sowjetunion unter Stalin ein zweites großes verbrecherisches Regime gab, sollte darin in Zukunft berücksichtigt werden.

Informationen über den Autor, Literatur und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

PD Dr. *Kai Struve* ist Forschungsgruppenleiter im Mykola-Haievoi-Zentrum für Moderne Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Ukraine und Polens im 19. und 20. Jahrhundert.

Literatur

- Jan-Holger Kirsch: »Wir haben aus der Geschichte gelernt«. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln u. a. 1999
- Benedikt Schoenborn: Reconciliation Road. Willy Brandt, Ostpolitik and the Quest for European Peace, New York 2020
- Bastian Matteo Scianna: Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990, München 2024
- Alexander Statiev: The Soviet Counterinsurgency in the Western Borderlands, Cambridge 2010
- Anton Weiss-Wendt: Putin's Russia and the Falsification of History: Reasserting Control over the Past, London 2021

Verweise

[1] <https://docupedia.de/zg/Historikerstreit>

[2] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/244026/vor-20-jahren-eine-ausstellung-ueber-verbrecen-der-wehrmacht-polarisiert-deutschland/>

[3] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/>

ANALYSE

Der Umgang mit Kriegsverbrechen und Kollaboration in der Ukraine: Historisches Erbe und aktuelle Herausforderungen

Tanja Penter (Universität Heidelberg)

DOI: 10.31205/UA.314.02

Zusammenfassung

Zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs blickt die Ukraine auf Millionen ziviler Opfer deutscher Besatzungsverbrechen zurück, die in der deutschen Erinnerungskultur nach wie vor zu wenig Beachtung finden. Gleichzeitig leidet die ukrainische Zivilbevölkerung tagtäglich erneut unter den verheerenden russischen Angriffen. Die Ukraine verfügt über umfassende historische Erfahrung in der Dokumentation und juristischen Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, die jedoch von den politischen Rahmenbedingungen des Spätstalinismus geprägt waren und ein ambivalentes Erbe darstellen. Aktuell kann die Ukraine aus ihren historischen Erfahrungen im Umgang mit Kriegsverbrechen und Kollaboration lernen, um frühere Fehler zu vermeiden.

Einleitung

Am 8. Mai 2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 80. Mal. Zugleich erschüttert seit drei Jahren ein neuer Krieg Europa: Russlands brutaler Angriff auf die Ukraine, in dem die ukrainische Zivilbevölkerung erneut großes Leid erfährt.

Im Zweiten Weltkrieg stand die gesamte Ukraine unter brutaler deutscher Besatzung, geprägt von Ausbeutung, Terror und systematischer Gewalt. 1,5 Millionen Jüd:innen wurden in der Ukraine ermordet, ebenso Zehntausende Romnja und Roma sowie kranke und behinderte Menschen.

2,2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Mehr als 600 ukrainische Ortschaften wurden unter deutscher Besatzung vollständig zerstört, viele samt ihrer Einwohnerinnen und Einwohner ausgelöscht. Ungefähr 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden für die sowjetische Armee mobilisiert und stellten ein Viertel der sowjetischen Streitkräfte – eine Tatsache, die in der post-sowjetischen ukrainischen Erinnerungskultur an den Krieg zunehmend in Vergessenheit gerät. Die Bevölkerungsverluste der Ukraine während des Zweiten Welt-

kriegs werden insgesamt auf 8–10 Millionen Menschen (Zivilist:innen und Militärangehörige) geschätzt. Diese Millionen ukrainischer Kriegsoffer stehen bis heute im Schatten der Geschichte und werden in der deutschen Erinnerungskultur immer noch zu wenig gewürdigt. Lange galt in Teilen von Politik und Öffentlichkeit fälschlich, die Kriegsoffer der Sowjetunion seien vor allem Russen gewesen – und Deutschlands historische Verantwortung bestehe daher primär gegenüber Russland. Putin instrumentalisiert die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg«, um den Angriff auf die Ukraine zu rechtfertigen und innenpolitisch Rückhalt zu gewinnen. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg wird so ideologisch für den heutigen Krieg missbraucht, wie die Deutsch-Ukrainische Historische Kommission in ihrem Appell an den Deutschen Bundestag anlässlich des 80. Jahrestags des Kriegsendes anmerkt.[1]

Das Füllen dieser Erinnerungslücken an die oft übersehenen Orte deutscher Massenverbrechen im Osten stellt eine dringende Aufgabe dar. In einem gemeinsamen Projekt der Universität Heidelberg mit der Internet-Plattform DEKODER wird am Beispiel von zehn Kriegsbiographien Angehöriger verschiedener Opfergruppen das Leid der Zivilbevölkerung im deutschen Vernichtungskrieg erzählt.[2]

Die Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der Ukraine

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Ukraine über eine reiche historische Erfahrung in der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen verfügt – ein Erbe, das anfangs stark von den politischen Rahmenbedingungen der spätstalinistischen Nachkriegsowjetunion geprägt war und daher eine ambivalente Hinterlassenschaft darstellt. Die im November 1942 in Moskau ins Leben gerufene »Außerordentliche Staatliche Kommission zur Untersuchung der von den deutsch-faschistischen Eindringlingen und ihren Komplizen begangenen Gräueltaten« (im Folgenden ASK) hatte unmittelbar nach der Befreiung der besetzten Gebiete mit der Untersuchung der Besatzungsverbrechen begonnen und setzte diese Arbeit bis 1951 fort.[3]

Die Materialien der ASK, die im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau sowie in ukrainischen und anderen Archiven postsowjetischer Staaten liegen, wurden erst nach dem Ende der Sowjetunion der Forschung zugänglich gemacht. Bis heute sind sie eine zentrale Quelle zur Untersuchung lokaler Besatzungsverbrechen und Lokalisierung von Massengräbern, die nach erster Exhumierung teils wieder verschlossen und nicht markiert worden waren. Dies betraf in der Ukraine zum Beispiel die Opfer der Morde an kranken und behinderten Menschen, deren Schicksal lange unbeachtet blieb und für die bis heute in der

Ukraine erst ansatzweise ein Platz in der Erinnerungskultur etabliert wurde.[4]

Die ASK sollte Verbrechen an sowjetischen Zivilist:innen und Kriegsgefangenen aufklären, Täter:innen und Kollaborateur:innen identifizieren, Opferlisten erstellen und Schäden dokumentieren. Ihre Ergebnisse veröffentlichte sie in den »Mitteilungen der ASK«, die in der Regionalpresse erschienen. Bis 1946 verfasste die ASK 27 angesichts des gesammelten Materials eher kurze Berichte; einige wurden auch ins Englische übersetzt und international publiziert.

Die von Stalin gezielt mit international anerkannten Wissenschaftlern, Schriftstellern und Kirchenvertretern besetzte Kommission – nur in geringem Maß mit Parteifunktionären – sollte den sowjetischen Ermittlungen zu deutschen Kriegsverbrechen moralische Autorität und Glaubwürdigkeit verleihen. Vorsitzender der Staatskommission war Nikolaj M. Schwernik (Erster Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften). Unter den prominenten Mitgliedern der Kommission waren der Schriftsteller Aleksej N. Tolstoj, der Neurochirurg Nikolaj N. Burdenko, der Jurist Ilja P. Trajnin, der Historiker Ewgenij W. Tarle, die Pilotin Walentina S. Grizodubowa und der Metropolit Nikolaj aus Kyjiw. Außerdem gehörte der umstrittene Agrarwissenschaftler Trofim D. Lyssenko der Kommission an. Er wurde von Stalin persönlich gefördert, obwohl seine Theorien wissenschaftlich falsch waren und den damals anerkannten Grundlagen der Genetik widersprachen. Angesichts der Unterstützung Stalins traute sich kaum ein Genetiker im sowjetischen Machtbereich, dem Lyssenkoismus offen zu widersprechen. Die Zugehörigkeit Lyssenkos neben international anerkannten Wissenschaftlern offenbart eine weitere Ambivalenz innerhalb der Kommission. Nach außen bemühte man sich zunächst um den Anschein rechtsstaatlicher Verfahren.

Die ASK wurde bei ihrer Arbeit von über hundert regionalen und lokalen Kommissionen unterstützt. Nach sowjetischen Angaben waren etwa 32.000 Sowjetfunktionär:innen und über sieben Millionen Sowjetbürger:innen an der Sammlung von Beweisen zur Aufklärung der deutschen Verbrechen beteiligt. Insgesamt trug die ASK über 300.000 Aussagen von Zeug:innen und Befragungsprotokolle sowie etwa vier Millionen Dokumente über von den Deutschen verursachte Schäden zusammen.

Eindrücklich beschrieb der Schriftsteller Nikolaj Atarov diesen Prozess in den gerade befreiten Gebieten: »In diesen Tagen inmitten des Alltagsgeschehens – beim Graben durch die Asche riesiger Brandruinen, auf der Suche nach einem Platz für die Nacht oder nach einem vorbeifahrenden Wagen – überall wurden die Menschen von dem spontanen Bedürfnis erfasst zu schreiben, zu bezeugen. Stapel für Stapel von Zeugenaussagen gingen bei den

politischen Abteilungen der Regimenter und Divisionen ein. Sie waren auf Fetzen von Gestapo-Formularen, auf der Rückseite von idiotischen Goebbels-Postern oder, am häufigsten, in Schulheften niedergeschrieben worden.»[5] Die regionalen »Hilfskommissionen« der ASK bestanden meist aus Partei- und NKWD-Funktionär:innen, angeführt von einer Trojka aus den Vorsitzenden von Partei, Sowjets und NKWD (NKWD war die Geheimpolizei).

Die Staatskommission gehörte auch zu den ersten Institutionen, die aktiv zur Formung stalinistischer Kriegsmythen beitrugen. Ihre Mitteilungen legten früh die Linien der »offiziellen Version« fest: das Verschweigen der tatsächlichen Opferzahlen, das Ausblenden der jüdischen Erinnerung an den Holocaust, die Tabuisierung der Zerstörungen und Verbrechen durch die Rote Armee und das Schweigen über sowjetische Kollaboration. Als Stalin im März 1946 in der *Prawda* sieben Millionen Kriegstote verkündete, verschwand der ASK-Abschlussbericht, der diese Zahl als deutlich zu niedrig entlarvt hätte, im Archiv unter Verschluss.[6]

Ein bekanntes Beispiel sowjetischer Geschichtsfälschung ist der Bericht der sog. Burdenko-Kommission zu Katyn, der das vom NKWD 1940 verübte Massaker an tausenden polnischen Offizieren fälschlich den Deutschen zuschrieb. Die Sowjetunion führte diese Darstellung sogar bei den Nürnberger Prozessen an und hielt sie bis 1990 aufrecht. Erst kurz vor dem Ende der UdSSR räumte Michail Gorbatschow die Verantwortung der sowjetischen Führung für das Verbrechen ein.[7]

Die Arbeit der Kommission hinterließ in der Ukraine ein ambivalentes Erbe: Mit breiter Beteiligung der Bevölkerung wurden umfangreiche Daten, Beweise und Aussagen von Zeug:innen zu Besatzungsverbrechen in lokalen Kontexten gesammelt – meist als ungefiltertes Rohmaterial, das trotz aller Probleme bis heute eine wertvolle Quelle darstellt. Die Perspektiven und Anliegen der Opfer fanden dabei zumeist wenig Berücksichtigung. In der Folge wurden einige deutsche Täter und deutlich mehr einheimische Kollaborateur:innen angeklagt.

Die Sowjetunion verurteilte mindestens 26.000 Deutsche, meist Kriegsgefangene, für Kriegs- und Besatzungsverbrechen, davon 1.167 zum Tode. In den übrigen Fällen wurden häufig 25 Jahre Lagerhaft verhängt, die von den Verurteilten infolge der frühzeitigen Repatriierungen nach Stalins Tod 1953 jedoch in der Regel nicht vollständig verbüßt wurden. Die Verfahren fanden überwiegend in nicht-öffentlichen Schnellprozessen ohne Verteidigung und Staatsanwaltschaft statt; nur wenige wurden als öffentliche Schauprozesse inszeniert.[8]

Mit unerbittlicher Härte ging die Sowjetunion gegen ihre eigenen Bürger:innen vor, die im Verdacht standen, mit dem Feind kollaboriert zu haben: Allein in der Sowjetukraine wurden zwischen 1943 und 1953 mindestens 93.590 Menschen als »Vaterlandsverräter« verhaf-

tet – nahezu so viele wie in ganz Europa Deutsche und Österreicher:innen wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden.[9] Insgesamt nahm der NKWD bis 1953 über 320.000 Sowjetbürger:innen wegen mutmaßlicher Kollaboration fest. In dieser Zahl sind Millionen sowjetischer Militärangehöriger, die zwischen 1941 und 1945 als »Vaterlandsverräter« von sowjetischen Militärtribunalen – zumeist nur weil sie kurze Zeit gefangen genommen oder eingekesselt waren – verurteilt wurden, noch nicht enthalten.[10] Die besonders blutige Abrechnung mit Kollaborateur:innen war jedoch keine Besonderheit in der Sowjetunion, sondern zeigte sich nach Kriegsende auch in anderen von den Deutschen besetzten europäischen Ländern.[11]

Die Strafverfolgung war in Teilen politisch gelenkt, besonders in der Westukraine, wo sie der Sowjetisierung und Zerschlagung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) diente. Die Angehörigen der OUN, die im Krieg zeitweise mit den Nazis kollaboriert und sich an Verbrechen gegen Jüd:innen und Pol:innen beteiligt hatten, kämpften im Untergrund weiter für einen unabhängigen ukrainischen Nationalstaat. In der Westukraine kam es – gemessen an der Bevölkerungszahl – zu deutlich mehr Verhaftungen als in anderen Landesteilen, vor allem unter Personen mit Verbindungen zur OUN und ihrem militärischen Arm, der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA).[12]

Neben einigen schwer belasteten Kollaborateur:innen (z. B. Angehörige der Polizei) hatten auch angeklagte Sowjetbürger:innen, die gar nicht oder nur sehr entfernt an Verbrechen beteiligt gewesen waren, von der sowjetischen Justiz harte Strafen (15 bis 25 Jahre Zwangsarbeit oder sogar die Todesstrafe) zu erwarten. Viele eigentliche deutsche Täter:innen kamen in der Bundesrepublik hingegen mit geringen Haftstrafen oder sogar mit Freispruch davon; nicht wenige blieben in der Bundesrepublik für ihre grausamen Verbrechen ungestraft, wodurch den Opfern ein wiederholtes Unrecht widerfuhr. Die mangelhafte juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen im Osten ist ein düsteres Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte und trägt bis heute zu den Leerstellen in der deutschen Erinnerungskultur bei.

Die Verfahrenspraxis der sowjetischen Justiz in der späten Stalinzeit spiegelte ein weites staatliches Verständnis von »Kollaboration« wider, das auch Sowjetbürger:innen einschloss, die aus Todesangst deutsche Befehle ausführten, ihre Arbeit fortsetzten, um zu überleben, ohne direkt an den Morden beteiligt zu sein. Die Zwangslage und alltägliche Todesbedrohung, der die Menschen unter der deutschen Vernichtungspolitik ausgesetzt waren, wurde von den sowjetischen Justizbehörden kaum berücksichtigt. Darin zeigte sich ein gewissermaßen entkontextualisiertes Schuldverständnis der sowjetischen Justiz, die jegliche Arbeit für den Feind in

den besetzten Gebieten pauschal als Landesverrat wertete. Im Hinblick auf den individuellen Tatbeitrag der Angeklagten wurde kaum differenziert und auch einfache Arbeitskräfte wie Putzfrauen, Köchinnen oder Dolmetscherinnen, die für die Deutschen gearbeitet hatten, wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Sogar Jüdinnen und Juden, die z. B. in den Ghettos Funktionen ausgeübt hatten, wurden zu hohen Haftstrafen und manchmal auch zur Todesstrafe verurteilt.[13] Nach 1945 konnte in der Sowjetunion keine breite gesellschaftliche Aufarbeitung der Kollaborationsproblematik stattfinden. Das Thema wurde weitgehend tabuisiert, denn es passte nicht in das offizielle staatliche Geschichtsnarrativ vom heldenhaften Widerstand des Sowjetvolkes gegen NS-Deutschland.

Lehren für die Aufarbeitung der Verbrechen des russischen Angriffskriegs

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 steht die Ukraine erneut vor der Herausforderung, russische Kriegsverbrechen – etwa in Butscha – juristisch aufzuarbeiten und den Umgang mit Bürger:innen zu klären, die unter Besatzung lebten und mit den russischen Besatzungsbehörden kooperierten. Schon seit 2014 spielen Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen in der Ukraine dabei eine zentrale Rolle, indem sie systematisch Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen dokumentieren und Berichte beim Internationalen Strafgerichtshof einreichen. Auch ukrainische Ermittlungsbehörden und die Generalstaatsanwaltschaft begannen früh mit der Aufarbeitung solcher Verbrechen[14] und bauten entsprechende Expertise auf. Seit Februar 2022 hat sich das Ausmaß der russischen Kriegsverbrechen massiv ausgeweitet – die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt inzwischen in über 125.000 Fällen, erste Urteile gegen russische Soldaten wurden bereits gefällt. Die Ukraine erfährt dabei breite Unterstützung durch internationale Organisationen, darunter dem Internationalen Strafgerichtshof, gemeinsamen europäischen Ermittlungsteams, UN-Untersuchungskommissionen sowie NGOs wie Human Rights Watch, Amnesty International, Bellingcat und andere. Einzelne Verstöße von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in der Anfangsphase des Kriegs müssen ebenfalls von den ukrainischen Behörden untersucht werden[15].

Bereits im März 2022 verabschiedete die ukrainische Regierung zudem ein Gesetz zur strafrechtlichen Verfolgung von Kollaboration, das sich vor allem gegen Personen richtet, die in zeitweise russisch besetzten Gebieten mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiteten. Das Gesetz, das unter großem Zeitdruck verabschiedet wurde, diente der Prävention von Straftaten dieser Art und erfüllte ein Bedürfnis von Politik und Gesellschaft nach schneller und möglichst strenger Verfolgung.[16]

Seitdem wurden laut SBU-Angaben über 9.000 Verfahren wegen Kollaboration[17] eingeleitet. Diese Praxis sorgt bei vielen, die unter Besatzung lebten, für Ängste. Die öffentliche Kommunikation in der Ukraine schürt teilweise eine »Sprache des Hasses« wenn es um Menschen geht, die verdächtigt werden, mit Russland zusammenzuarbeiten. Personen, gegen die die Behörden ermitteln, werden manchmal auf Telegram-Kanälen bereits vor ihrer rechtskräftigen Verurteilung öffentlich an den Pranger gestellt[18]. Das verletzt das Prinzip der grundsätzlichen Unschuldsvermutung und befördert in der Gesellschaft ein Klima der Feindseligkeit.

Menschenrechtsorganisationen, internationale Justizexpert:innen und einige ukrainische Politiker:innen kritisieren das Gesetz als zu hart und undifferenziert. Unter anderem rief Danielle Bell, Leiterin der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine, die ukrainische Regierung dazu auf, ihre Haltung zur Kollaboration zu überdenken und das Gesetz internationalen Standards anzupassen. Die Mission warnte[19] vor langfristigen negativen Folgen für Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt, vor Stigmatisierung der Bevölkerung unter russischer Besatzung und möglicher Schwächung der internationalen Position der Ukraine. Das Gesetz unterscheidet kaum zwischen schweren und geringfügigen Vergehen und lässt wenig Raum für die Berücksichtigung der oft extremen Lebensbedingungen der Menschen unter der Besatzung. Wer etwa einen russischen Pass annimmt – oft unter Zwang, angesichts der Verweigerung von medizinischer Versorgung oder Renten – gerät schnell unter Verdacht.[20] Selbst kleinere Handlungen können mit Berufsverböten oder langen Haftstrafen geahndet werden, Meinungsäußerungen in sozialen Medien reichen manchmal bereits aus.

Fazit

Die Ukraine kann bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und dem Umgang mit Kollaboration aus ihren historischen Erfahrungen mit der Aufarbeitung deutscher Besatzungsverbrechen lernen. Anders als die sowjetische Nachkriegsjustiz könnte sie bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen heute stärker auf die Perspektiven und Anliegen der Opfer eingehen. Im Umgang mit Kollaboration bietet sich die Chance, alte Fehler zu vermeiden, das Vertrauen in den Staat zu stärken und gesellschaftliche Gräben zu überbrücken. Die Strafverfolgung könnte auf Handlungen mit tatsächlichen, schweren Folgen für Staat und Gesellschaft beschränkt bleiben. Der Gesetzgeber könnte klarer zwischen überlebensnotwendigem Verhalten und schwerwiegenden sicherheitsgefährdenden Taten unterscheiden – so dass Menschen nicht für das bloße Leben und Arbeiten unter Besatzung bestraft werden. Nach Kriegsende hätte die Ukraine – anders als 1945 – die Möglichkeit, eine breite

gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den traumatischen Kriegserfahrungen verschiedener Bevölkerungsgruppen und der Problematik der Kollaboration zu fördern, etwa durch das Instrument einer Wahrheits- und

Versöhnungskommission. Insbesondere die Reintegration der vom Krieg seit 2014 gezeichneten und erschütterten Menschen aus dem Donbas könnte die Ukraine dann vor große Herausforderungen stellen.[21]

Über die Autorin

Prof. Dr. *Tanja Pentler* lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg und ist Sprecherin des DFG-Graduiertenkollegs 2840 »Ambivalent Enmity«. Zudem ist sie Mitglied der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission und forscht zu den zivilen Opfern deutscher Besatzungsverbrechen im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine sowie deren juristischer Aufarbeitung.

Verweise

- [1] <https://www.duhk.org/aktuelles/appell-kommission-an-bundestag>
- [2] <https://www.dekoder.org/de/schlagworte/der-krieg-und-seine-opfer>
- [3] Vgl. unter anderen: Paula Chan, Martin Holler: Außerordentliche Staatliche Kommission, in: <https://encyclopaedia-gsr.eu/lemma/ausserordentliche-staatliche-kommission-de-1-0/>; Paula Chan: Refractions of Katyn: Photography and Witnessing in Soviet Investigations of Mass Atrocities, in: *Slavic Review*, Vol. 83, H. 2 (2024), S. 211–231; Nathalie Moine: La commission d'enquête soviétique sur les crimes de guerre nazis: entre reconquête du territoire, écriture du récit de la guerre et usages judiciaires, in: *La Mouvement Social*, H. 1 (2008), S. 81–109; Marina Sorokina, People and Procedures. Toward a History of the Investigation of Nazi Crimes in the USSR, in: *Kritika*, Vol. 6, H. 4 (2005), S. 797–831, und Kiril Feferman, Soviet investigation of Nazi crimes in the USSR: documenting the Holocaust, in: *Journal of Genocide Research*, Vol. 5, H. 4 (2003), S. 587–602.
- [4] Vgl. unter anderen Dmytro Tytarenko, D. (2022): »Euthanasie« in der Ukraine während der deutschen Okkupation. Opfergruppen, Akteure und Umstände der Vernichtung, in: »Euthanasie«-Verbrechen im besetzten Europa: Zur Dimension des nationalsozialistischen Massenmords (Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust)/ Hrsg. von Jörg Osterloh, Jan Schulte, Sybille Steinbacher, Göttingen 2022, S. 245–267; Tanja Pentler: Vergessene Opfer von Mord und Missbrauch: Behindertenmorde unter deutscher Besatzungsherrschaft in der Ukraine (1941–1943) und ihre juristische Aufarbeitung in der Sowjetunion, in: *Journal of Modern European History* 17, no. 3 (2019): 353–376.
- [5] Zit. nach Sorokina, People, S. 825.
- [6] Vgl. Feferman, Soviet Investigation, S. 598.
- [7] Dazu unter anderen: Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschiessungen von Katyn, Hamburg: Hamburger Edition 2015; Francine Hirsch: Soviet Judgment at Nuremberg: A New History of the International Military Tribunal After World War II, New York: Oxford University Press, 2020.
- [8] Siehe dazu unter anderen den sehr guten Überblick von Andreas Hilger (†), »Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf? Die Bestrafung deutscher Kriegs- und Gewaltverbrecher in der Sowjetunion und der SBZ/ DDR, in: Norbert Frei (ed.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 180–246 sowie Alexander Prusin: "Fascist Criminals to the Gallows!": The Holocaust and Soviet War Crimes Trials, December 1945 – February 1946, in: *Holocaust and Genocide Studies* 17 (Spring 2003) 1, S. 1–30.
- [9] Vgl. W. N. Nikolskij, Represywna dijálnist orhaniw derschawnoj bespeky SRSR w Ukraini (kinec 1920-ch – 1950-ti rr.). Istoryko-statystychnye doslidschennja, Donezk 2003, S. 206–224, 451–452.
- [10] Vgl. Oleg B. Mosochin, Prawo na repressii. Wnesudebnyje polnomochija organow gosudarstvennoj besopasnosti, (statisticheskie swedenija o dejatelnosti VCHK-OGPU-NKWD-MGB SSSR (1918–1953), Moskwa 2011; Oleg Budnitskii: The Great Terror of 1941. Toward a History of Wartime Stalinist Criminal Justice, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* Vol. 20, Nr. 3 (Summer 2019), S. 447–80; Franziska Exeler: "The Ambivalent State: Determining Guilt in the Post-World War II Soviet Union", in: *Slavic Review*, Vol. 75, H. 3 (2016), S. 606–29; Sergei Kudriashov/ Vanessa Voisin: "The Early Stages of 'Legal Purges' in Soviet Russia, 1941–1945", in: *Cahiers du monde russe*, Vol. 49, H. 2–3 (2008), S. 263–96.
- [11] Norbert Frei (ed.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006; Rauschenberger, Katharina; von Puttkamer, Joachim; Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Investigating, Punishing, Agitating. Nazi Perpetrator Trials in the Eastern Bloc. Göttingen 2023.
- [12] Tanja Pentler, Local Collaborators on Trial. Soviet war crimes trials under Stalin (1943–1953), in: *Cahiers du Monde russe* 49 (2008) 2-3, S. 341–364.
- [13] Wolfgang Schneider: From Gray Zones to Red Courts. Soviet Collaboration Trials of Jewish Ghetto Functionaries from Transnistria, 1944–1949 (Diss.: Universität Heidelberg 2022).
- [14] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/272/russlands-aggression-in-der-ukraine-die-dokumentation-der-aus-dem-konflikt-erfolgender-verbrechen/>
- [15] <https://www.lpb-bw.de/ukraine-kriegsverbrechen>
- [16] Siehe §111-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2341-14#Text>.
- [17] <https://zmina.ua/en/event-en/legislation-on-collaborationism-does-not-comply-with-international-humanitarian-law-and-persecutes-ukrainians-trying-to-survive-the-occupation-report/>
- [18] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ukraine-russland-gericht-kollaboration-verdacht-100.html>
- [19] <https://www.bbc.com/news/articles/c0473y0p0ego>
- [20] Tatiana Zhurzhenko: Terror, Kollaboration und Widerstand. Russlands Herrschaft in den neu besetzten Gebieten der Ukraine, in: *Osteuropa* 6-8/2022, S. 179–200; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/ukraine-krieg-russland-kollaboration-lebensmittel-menschenrechte/>.
- [21] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/282/die-wiedereingliederung-des-donbas-nach-dem-krieg-eine-gesamtgesellschaftliche-herausforderung/>

Vom Krieg zur Besatzung? Die historische Erfahrung in der Ukraine und der russische Angriffskrieg heute

Johannes Spohr (Berlin)

DOI: 10.31205/UA.314.03

Zusammenfassung

Die Geschichte der Ukraine ist geprägt von wiederkehrender Fremdherrschaft, Kämpfen um nationale Souveränität und massiver Gewalt, etwa während der Weltkriege und der damit zusammenhängenden Besetzungen. Diese Erfahrungen haben tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und begünstigen gleichzeitig die Entwicklung von Widerstandsfähigkeit. Der heutige Umgang mit Krieg und Wiederaufbau ist mit historischen Überlebensstrategien verwoben und in Zeiten des russischen Angriffskrieg wieder von großer Bedeutung.

Einleitung

Die jüngere Geschichte der Ukraine ist stark geprägt von politischem Terror einerseits und von Kämpfen um Souveränität und Unabhängigkeit andererseits. Besonders im vorangegangenen 20. sowie in diesem Jahrhundert finden sich viele damit verbundene historische Marker: 1918, 1932/33, 1937, 1939, 1941, 1944/45, 1991, 2004, 2014, 2022, 2024. Die kollektiven Erfahrungen, die damit einhergehen, prägen die ukrainische Gesellschaft bis heute. Sie zu veranschaulichen, ohne die Unterschiede verschiedener historischer Situationen außer Acht zu lassen, kann zum besseren Verständnis für die Ukraine und damit auch der deutsch-ukrainischen Beziehungen beitragen.

Was als »Geschichte der Ukraine« verstanden wird, ist seit jeher uneinheitlich. Ein Spannungsfeld besteht hierbei zwischen dem Bezug auf eine hybride, diverse, multiethnische und multilinguale Vergangenheit und der Phantasievorstellung ethnischer Homogenität. Problematisch erscheint vor diesem Hintergrund sowohl eine Geschichtsschreibung der Ukraine, die suggeriert, einzig das »ukrainische Volk« bevölkere die Ukraine, als auch der Mythos einer ungebrochenen tausendjährigen staatlichen Tradition. Der Historiker Serhii Plokhly betont vor allem die kulturelle Hybridität der Ukraine und versteht die moderne multiethnische und multilinguale ukrainische Nation als einen nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozess.

Zwischen Brotfrieden, Besatzung und Nationalstaatlichkeit: die Ukraine und der Erste Weltkrieg

Eine ukrainische Nationalbewegung mit stark kultureller Prägung etablierte sich besonders im 19. Jahrhundert. Sie war im Russischen Zarenreich im Zuge der »Russifizierung«, mit deutlichen Abstrichen auch im Habsburgerreich, Unterdrückungen ausgesetzt. Die Politik des Russischen Imperiums basierte auf der Idee des »dreieinig« gesamtrossischen Volkes, das aus »Großrus-

sen« (Russland), »Kleinrussen« (Ukraine) und »Belarussen« (Weißrussland, heute Belarus) bestehe. Dieser im Stalinismus in Teilen wieder aufgenommene Gedanke wird auch heute noch angebracht, um den imperialen Anspruch Moskaus zu begründen.

Die Idee ukrainischer Staatlichkeit erlebte zum Ende des Ersten Weltkrieges einen Aufschwung. Den politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen im Russischen Kaiserreich, die 1917 in der Oktoberrevolution kulminierten, folgte der Russische Bürgerkrieg, der auch in der Ukraine erbittert zwischen diversen Parteien wie der zaristischen Weißen Armee und den Bolschewiki, ab 1918 der Roten Armee, geführt wurde. In diesem Zusammenhang entstand 1917 ein erster ukrainischer Nationalstaat: die sozialrevolutionäre und marxistisch geprägte Ukrainische Volksrepublik (Ukrajinska Narodna Respublika, UNR). Ihr politisches Entscheidungsorgan wurde die Zentralversammlung (Zentralna Rada).

Nachdem sie Anfang 1918 von den Bolschewiki aus Kyjiw vertrieben worden war, rief die UNR die Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich) um Hilfe an. Deutsche und österreichische Truppen marschierten daraufhin in Kyjiw sowie der gesamten Ukraine ein. Als Gegenleistung erwarteten Berlin und Wien Lebensmittellieferungen. Dies wurde am 9. Februar 1918 in einem Vertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk festgehalten. Das deutsche Interesse lag hierbei vor allem in der wirtschaftlichen Ausbeutung der Ukraine, der »Kornkammer Europas«. Dieser Separatfrieden wird auch »Brotfrieden« genannt. Der Historiker Ruslan Pyrih spricht aufgrund dieser zwischenstaatlichen Abkommen von einer »atypischen Okkupation«. Mit dem Umfang der Lebensmittellieferungen zeigten sich Deutschland und Österreich-Ungarn bald unzufrieden.

Am 29. April 1918 setzte die deutsche Besatzungsmacht in Kyjiw den früheren zaristischen General Pawlo Skoropadskyj (Hetman) an die Spitze einer Marionettenregierung. Dieser konnte so den ersten ukrainischen

Staat von Don bis Bug begründen, ein sogenanntes Hetmanat, das bald im Konflikt mit der von Zwangsabgaben aufgebracht überwiegend bäuerlichen Bevölkerung stand. Als die Heere der Mittelmächte schließlich aufgrund ihrer allgemeinen Schwächung zwischen Oktober 1918 und Januar 1919 aus der Ukraine abzogen, schaffte es die durch innere Widersprüche gekennzeichnete UNR nicht, sich eigenständig gegen die Bolschewiki sowie andere rivalisierende Kräfte durchzusetzen.

Seitdem die Ukraine infolge von Brotfrieden und Besatzung stärker in der deutschen Debatte wahrgenommen wurde, bestand ein fortwährendes Kontinuum an Eroberungsgelüsten. Diese verquickten sich immer wieder mit antislawischen Ressentiments. Auch der koloniale Diskurs bezog sich in Anknüpfung an die überseeischen Kolonien, bei denen man zu kurz gekommen sei, immer wieder auf das östliche Europa – als vermeintlich unzivilisierter und kulturell unterentwickelter Raum, der an erzwungener »deutscher Ordnung« gesunden könne.

Innerhalb der ukrainisch-nationalistischen Elite gab es Hoffnungen auf eine Unterstützung der eigenen unabhängigen Staatlichkeit, aber auch auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Dies ist auch auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, mit denen die Anhänger:innen ukrainischer Staatlichkeit bei der Suche nach ernsthaften Bündnispartner:innen in Europa stießen. Die positive Rezeption Deutschlands, seiner Entscheidungsträger und Soldaten sollte jedenfalls bis in den Zweiten Weltkrieg hinein wirkmächtig bleiben. Dabei hatten auch die politischen Entscheidungsträger und militärischen Führer im Ersten Weltkrieg – bei allen eklatanten Unterschieden zur Wehrmacht und ihrer Führung – bereits 1918 weit über die Ukraine hinaus auf die nordkaukasischen Erdölgebiete geschielt.

Der Erste Weltkrieg endete für die Ukraine also zeitweilig mit einer Besatzung, die ein Teil der ukrainischen Eliten begrüßte. Die Mittelmächte waren in dieser Zeit die einzigen bedeutenden Akteure, die die Idee einer ukrainischen Nation unterstützen. Ihr vorrangiges Interesse galt allerdings nicht per se der Unabhängigkeit der Ukraine, sondern seiner Ausbeutung sowie der Schwächung Russlands.

Besatzung und Massengewalt im Zweiten Weltkrieg

Deutsche und ihre Verbündeten hinterließen während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Teilen der UdSSR und in Polen besonders tiefe Spuren, verursacht durch eine Vielzahl von Formen grausamer Massengewalt.

Der Weg zum deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wurde kurz zuvor durch den Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (Molotow-Ribbentrop-Pakt, auch »Hitler-Stalin-Pakt« genannt) geebnet, dessen

geheimes Zusatzprotokoll unter anderem die Aufteilung Polens vorsah. In der heutigen Westukraine wurde bereits ab dem Überfall auf Polen im September 1939 das erprobt, was sich mit dem »Unternehmen Barbarossa« ab Juni 1941 weiter manifestierte: eine Kriegs- und Besatzungspraxis mit drastischen Konsequenzen, besonders für die Zivilbevölkerung. Auf die Anforderungen und Rahmenbedingungen der deutschen Machthaber reagierten die Menschen in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) lokal sehr unterschiedlich.

Besatzung bedeutete, dass der neue Lebensalltag sich für viele an neuen (und längst nicht immer so klaren) Gegensätzen ausrichtete: Anpassung und Widerstand, Macht und Ohnmacht, Aktivität und Passivität. So schlossen sich Ukrainer:innen sowohl den durch die Deutschen gestatteten und in deren Sinne tätigen bewaffneten Formationen an und beteiligten sich so auch an der Besatzungsgewalt. So waren etwa die »Schutzmannschaften«, Formationen der ukrainischen Hilfspolizei, sowohl am Holocaust (beispielhaft sei das Massaker von Babyn Jar am 29. und 30. September 1941 genannt) als auch an Verschleppungsaktionen zur Zwangsarbeit im »Deutschen Reich« und am mörderischen »Bandenkampf« (der deutsche Begriff für den Kampf gegen Partisan:innen, gleichzeitig ein Synonym für den Terror gegen Zivilist:innen) der deutschen Truppen beteiligt.

Gleichzeitig organisierten sich mit zunehmendem Kriegsverlauf, und vor allem mit der massiven Zunahme von Verschleppungsaktionen nach Deutschland, immer mehr von ihnen in – vornehmlich sowjetischen – Partisanenverbänden, bekämpften die Besatzer oder unterstützten dies. Viele richteten ihr Verhalten schließlich vor allem danach aus, die Chancen auf ihr eigenes Überleben zu erhöhen. Sie handelten teils in Doppelrollen, etwa als Anhänger der Schutzmannschaften, die ihren Dienst taten und gleichzeitig als Unterstützer der Partisan:innen, beispielsweise indem sie ihnen wichtige Informationen weiterleiteten.

Die Imagination des Kriegsendes war schon lange vor dem Eintreffen der Roten Armee für viele Akteur:innen, die sich in der noch besetzten Ukraine befanden, bedeutend für ihr Handeln.

Das Staatsgebiet der heutigen Ukraine wurde bis Oktober 1944 durch die Rote Armee von der deutschen Wehrmacht befreit. Dabei ist »Befreiung« als relationaler Begriff zu verstehen: Dass die Ukrainische SSR von der NS-Herrschaft befreit wurde, bedeutet nicht, dass eine universelle und absolute Befreiung oder gar »Freiheit« entstand. Auf die Befreiung von den Nazis folgte die erneute Kontrolle durch Moskau und das totalitäre Regime Stalins.

Dennoch ließ das Ende der deutschen Besatzungsherrschaft die Menschen in der Ukraine aufatmen, schließlich hatten Krieg und Besatzung zivile Opfer im

Millionenbereich gekostet, darunter ca. 1.5 Millionen Jüdinnen und Juden. Hinzu kamen über 2 Millionen nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter:innen.

Das von den NS-Besatzern verübte Leid und auch das Sterben endete allerdings nicht abrupt, und auch die materiellen Folgen wirkten noch Jahrzehnte lang nach. Auch ging für die in die Rote Armee mobilisierten Ukrainer:innen der Kampf noch ein halbes Jahr lang bis zum 8./9. Mai 1945 weiter. Es wird geschätzt, dass sechs bis sieben Millionen Menschen aus der Ukraine in den Reihen der Roten Armee kämpften. Sie waren Teil eines siegreichen Triumphes unter enorm hohen Verlusten, sowie einer Kriegsführung, in der einzelne Menschenleben wenig zählten.

Auch Leid und Bangen der ins Deutsche Reich verschleppten Zwangsarbeiter:innen endeten nicht 1944. Bedeutete das Kriegsende auch für Sie schließlich eine Zäsur, so waren sie bei ihrer »Repatriierung« in die UdSSR dem Generalverdacht des Verrats ausgesetzt und mussten sich teilweise vor Gerichten der Kollaboration bezichtigen lassen.

Die bereits seit 1943 langsam einsetzende Re-Sowjetisierung brachte bei vielen Menschen in der Ukraine die durch die deutsche Besatzung überdeckte Erinnerung mit voriger Gewalt wieder in den Vordergrund: Bürgerkrieg, Zwangskollektivierungen, die menschengemachte desaströse Hungersnot 1932/33, die Stalinistische Repression und Verfolgung um 1937. Diese für viele einschneidenden Erfahrungen waren allerdings während der nationalsozialistischen Herrschaft nicht nur überdeckt, sondern konnten teils Ressourcen freisetzen, die dabei halfen, zu überleben: das Wissen darüber, wie Lebensmittel vor Requirierungen versteckt werden konnten, womit man überleben konnte oder wie Widerstand in den Städten oder auf dem Land organisiert werden konnte. Für manche Bewohner:innen der Städte waren der Hunger unter Besatzung das einschneidendste Erlebnis dieser Zeit, während Menschen in ruralen Gebieten sie vielleicht relativ ruhig verbracht hatten und die Brutalität nie so sehr selbst verspürt haben, wie vor und während des deutschen Rückzugs.

Überleben in der (Nach-)Kriegszeit – damals und heute

Infolge der massiven Zerstörungen der Deutschen während ihres Rückzuges aus der Sowjetunion – jüngste Schätzungen gehen von etwa 600 zerstörten Ortschaften aus – hatten viele Menschen mit existenziellen Problemen zu kämpfen. Diejenigen, die zu den 40 Prozent der obdachlos gewordenen Personen zählten, kamen zunächst häufig bei Verwandten und Bekannten in nahegelegenen Dörfern oder Städten unter oder waren

gezwungen, sich zum Überleben und zum Schutz vor der Witterung Erdhöhlen in den Wäldern zu graben. Es mangelte zudem an Vieh, Kleidung, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung.

Der Wiederaufbau der Städte, der Wirtschaft und der landwirtschaftlichen Produktion in der UdSSR war auch in den 1950er Jahren nicht abgeschlossen, er ist jedoch im Laufe der Jahrzehnte geglückt. Zum Repertoire der Erfahrungen gehört auch die Improvisation in Extremsituationen.

In der heutigen Ukraine werden durch Geschosse, Raketen und Drohnen beschädigte Gebäude in vielen Fällen erstaunlich schnell repariert sowie das öffentliche Leben nach Möglichkeit aufrechterhalten. Dies bedeutet das Bewahren von Würde. Zudem hat sich eine Trauerkultur mit verschiedenen Ritualen etabliert, die der Entmenschlichung im Krieg entgegenwirken kann.

Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wird in Deutschland oft vor allem als Kampf »an der Front« erinnert. Auch die deutschsprachige Forschung blickte lange vor allem auf »den Krieg« und damit auf das, was sie vorrangig als »eigene« Geschichte empfand. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass die Besatzerfahrung für viele Menschen in Europa – darunter auch in der Ukraine, die zeitweilig zu 100 Prozent besetzt war – zur zentralen, wesentlich länger andauernden Erfahrung geworden und meist auch an entsprechende Opferzahlen und Verluste gekoppelt ist.

Heute führt die Ukraine einen Abwehrkampf auch deshalb, weil eine (weitere) Besatzung droht. Aktuell besetzt Russland 18,6 Prozent des ukrainischen Territoriums. Zu Beginn der russischen Vollinvasion wurde vielerorts auf grausame Weise – in Orten wie Isjum, Butscha, Irpin aber auch etwa Mariupol – deutlich, was russische Besatzung bedeutet. In Cherson, Melitopol wie vielen kleineren Orten leisteten Einwohner:innen zunächst Widerstand gegen die russländische Besatzung und wurden schließlich davon befreit. Die Krim ist bereits seit 2014 besetzt und es ist schwierig, verlässliche Informationen über die Situation vor Ort zu erhalten – die Menschenrechtslage, vor allem für die Bevölkerungsgruppe der Krimtataren, gilt jedoch als prekär. Ähnlich verhält es sich mit der Situation in den ebenfalls seit 2014 besetzten Gebieten der Regionen Luhansk und Donezk.

Dass einige aktuell diskutierte Varianten eines »Friedens« in der Ukraine für viele Menschen nicht einfach das Ende von Leid, sondern eine grausame Form der Besatzung bedeutete, wird in den Debatten hierzulande häufig vernachlässigt. Auch die ukrainische Juristin, Menschenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk warnte kürzlich: Besetzung sei nur eine andere Form von Krieg.

Informationen über den Autor, Literatur und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Johannes Spohr ist Historiker und lebt in Berlin. Er betreibt dort den Recherchedienst *present past* zum Nationalsozialismus in Familie und Gesellschaft (present-past.net). Spohr ist Autor der Dissertation *Die Ukraine 1943/44. Loyalitäten und Gewalt im Kontext der Kriegswende* (Metropol Verlag).

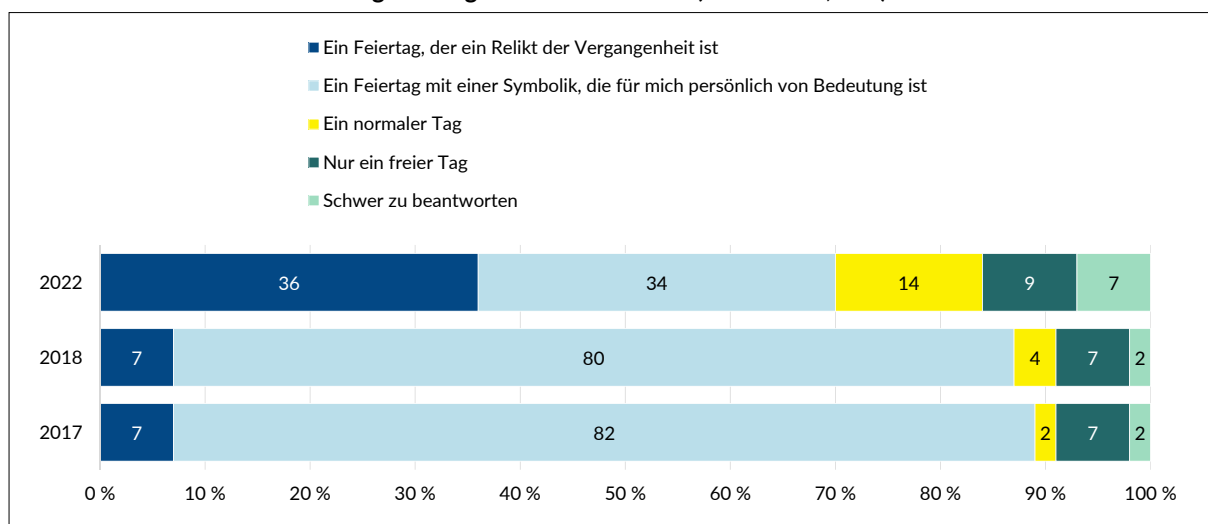
Bibliografie

- Serhii Plokyh, Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine, Hamburg 2022.
- Hamburger Institut für Sozialforschung, Besatzungsgesellschaften, Hamburg 2024 (Mittelweg 36, 33. Jahrgang, Heft 1 (März 2024)).
- Wieler, Florian/Bonnesoeur, Frédéric (Hrsg.), Verbrannte Dörfer. Nationalsozialistische Verbrechen an der ländlichen Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, Berlin 2024.
- Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, München 2009.
- Karel C. Berkhoff, Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine Under Nazi Rule, Cambridge (MA)/ London 2004.
- Frank Golczewski, Deutsche und Ukrainer 1914–1939, Paderborn 2010.

UMFRAGEN

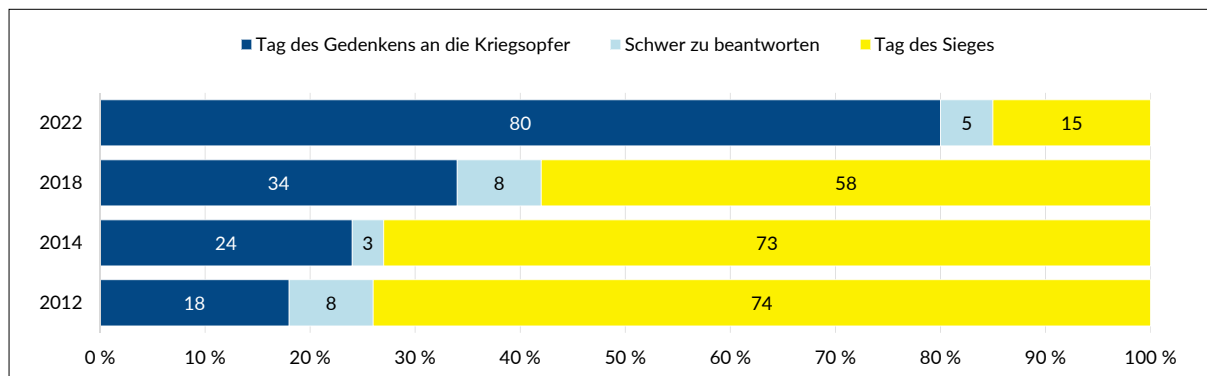
Einstellung der Bevölkerung zum Zweiten Weltkrieg

Grafik 1: Was bedeutet der Tag des Sieges am 9. Mai für Sie? (2017-2022, in %)



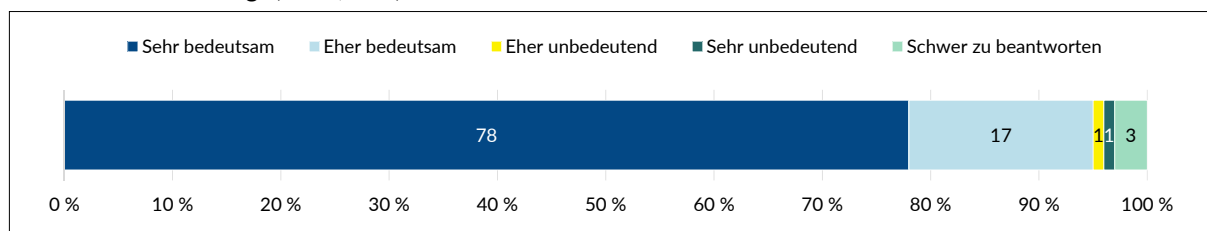
Quelle: Rating Group, Zehnte nationale Erhebung: Ideologische Marker des Krieges, 27.04.2022, https://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_1000_ideological_markers_ua_042022_press.pdf

Grafik 2: Sollte der 9. Mai Ihrer Meinung nach eher als »Tag des Sieges« gefeiert werden oder eher als »Tag des Gedenkens an die Opfer des Zweiten Weltkriegs« begangen werden? (2012–2022, in %)



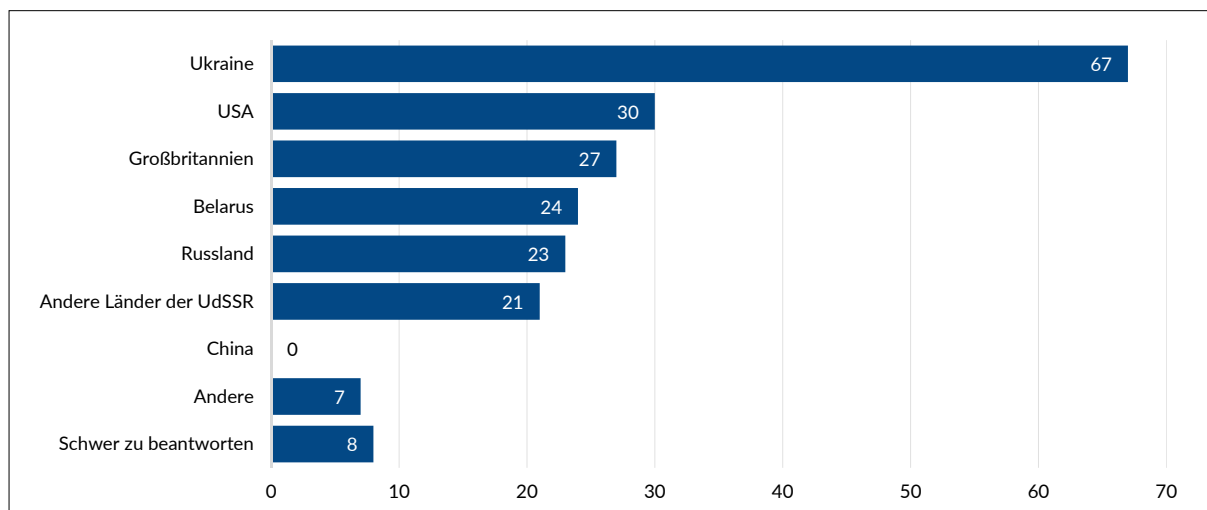
Quelle: Rating Group, Zehnte nationale Erhebung: Ideologische Marker des Krieges, 27.04.2022, https://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_1000_ideological_markers_ua_042022_press.pdf

Grafik 3: Wie beurteilen Sie den Beitrag des ukrainischen Volkes zum Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg? (2022, in %)



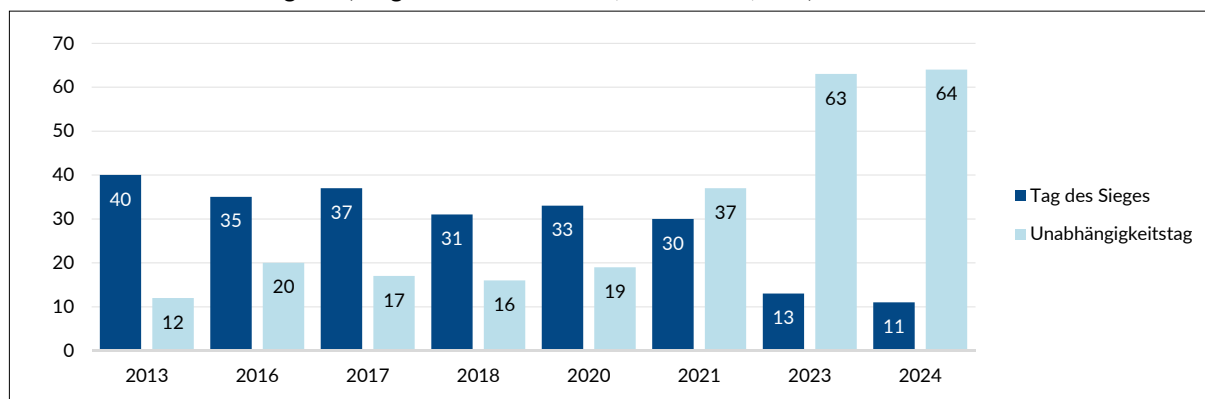
Quelle: Rating Group, Zehnte nationale Erhebung: Ideologische Marker des Krieges, 27.04.2022, https://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_1000_ideological_markers_ua_042022_press.pdf

Grafik 4: Welche Länder leisteten den größten Beitrag zum Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg? (2022, bis zu drei Antworten, in %)



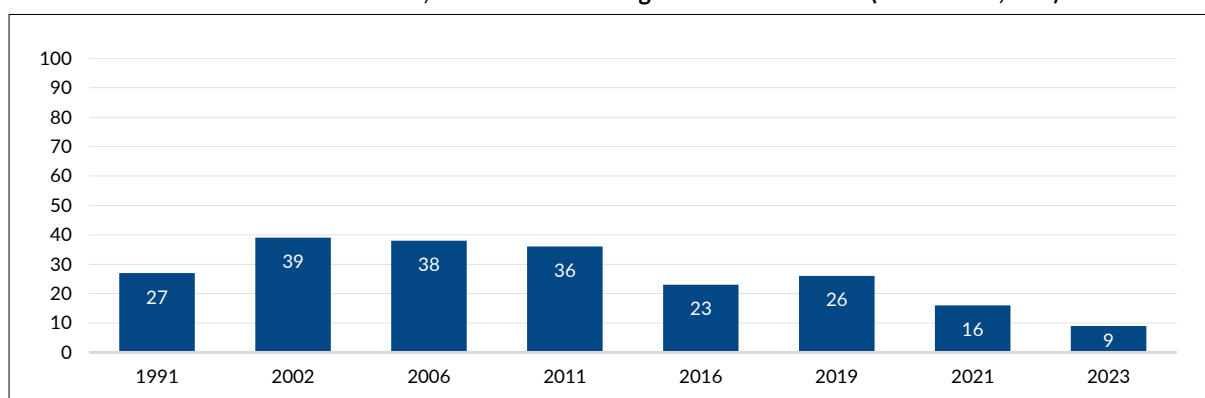
Quelle: Rating Group, Zehnte nationale Erhebung: Ideologische Marker des Krieges, 27.04.2022, https://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_1000_ideological_markers_ua_042022_press.pdf

Grafik 5: Welche dieser Feiertage sind für Sie die wichtigsten oder beliebtesten? Bitte geben Sie nicht mehr als 5 Feiertage an (ausgewählte Antworten, 2013–2024, in %)



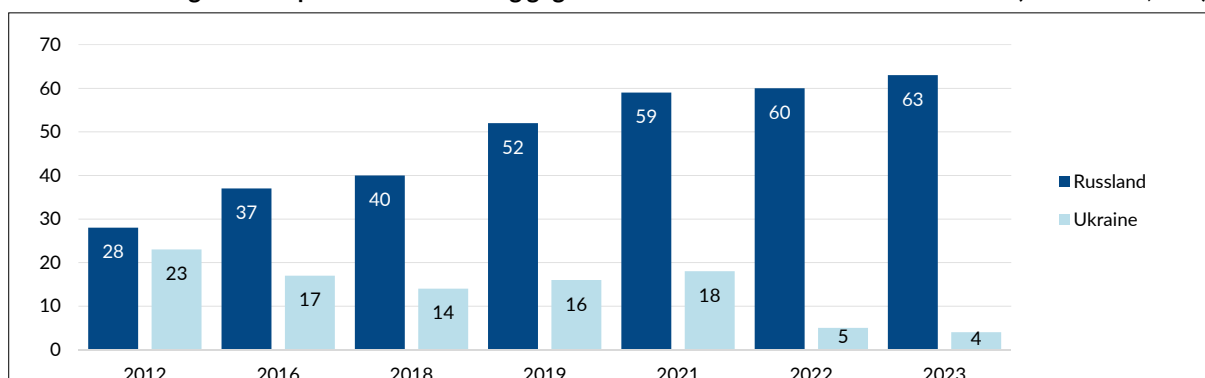
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology, *Dynamics of the Attitude of Ukrainians to Independence and the Independence Day Holiday (2013-2023)*, 23.08.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1427&page=1>.

Grafik 6: Anteil der Ukrainer:innen, die Stalin für einen großen Führer halten (1991–2023, in %)



Quelle: Kyiv International Institute of Sociology, *Dynamics of the Attitudes of Ukrainians to Stalin (1991-2023)*, 09.11.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1326&page=1>

Grafik 7: Vergleich der positiven Einstellung gegenüber Stalin in der Ukraine und Russland (2012–2023, in %)



Quelle: Kyiv International Institute of Sociology, *Dynamics of the Attitudes of Ukrainians to Stalin (1991-2023)*, 09.11.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1326&page=1>

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>